

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzung: Freitag, 02.03.2018

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Dr. Sebastian Vollbrecht - CDU

Mitglieder

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS

Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE

Herr Frank Flake - SPD

Frau Susanne Hahn - SPD

Frau Anke Kaphammel - CDU

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

Herr Gunnar Scherf - AfD

Vertretung für: Frau Anneke vom Hofe

Herr Kurt Schrader - CDU

Frau Simone Wilimzig-Wilke - SPD

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2

Herr Carsten Lehmann - FDP

weitere Mitglieder

Herr Prof. Dr. Gerd Biegel -

Herr Dr. Volker Eckhardt -

Frau Edith Grumbach-Raasch -

Herr Mirco Hanker -

Frau Antje Maul -

Herr Björn Walter - Stadtheimatspfleger

Verwaltung

Frau Dr. Anja Hesse - Dezernentin IV

Herr Dr. Malorny – FBL 41

Herr Dr. Peter Joch – RefL 0413

Protokollführung

Herr Daniel Kösters - Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Frau Anneke vom Hofe - AfD

entschuldigt

weitere Mitglieder

Frau Sigrid Herrmann -

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|---|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.12.2017 | |
| 3 | Kurzvortrag der KEP-Koordinatorin der Stadt Düsseldorf, Frau Dinah Bielicky | |
| 4 | Mitteilungen | |
| 4.1 | Vorstellung der Förderrichtlinien (Vortrag) | |
| 4.2 | Jahresveranstaltungsübersicht 2018 | 18-06766 |
| 4.3 | Auswahlgremium Theaterförderung: Sprecherbenennung | 18-07593 |
| 4.4 | Soziokulturelles Zentrum: Erteilung der Baugenehmigung | 18-07594 |
| 5 | Anträge | |
| 5.1 | Kulturtafel | 18-07489 |
| 5.1.1 | Kulturtafel | 18-07489-01 |
| 6 | Kulturprojekt "Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)":
Anträge auf Zuwendungen zur Projektförderung | 18-07436 |
| 6.1 | Kulturprojekt "Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)":
Anträge auf Zuwendungen zur Projektförderung | 18-07436-01 |
| 7 | Dritte Änderung der Miet- und Nutzungsordnung der Stadt Braunschweig, Dezernat für Kultur und Wissenschaft, für den Lichthof des Städtischen Museums, den Kulturpunkt West und den Roten Saal des Kulturinstituts | 18-07245 |

8	Mitgliedschaft der Stadt Braunschweig im "Arbeitsausschuss Tourismus Braunschweig e. V."	18-06427
9	Zweite Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum, Steintorwall 14	18-07244
10	Anfragen	
10.1	Veranstaltungen in der Stadthalle	18-07451
10.1.1	Veranstaltungen in der Stadthalle	18-07451-01
10.2	Gibt es Zukunftskonzepte für die städtischen Museen?	18-07459
10.2.1	Gibt es Zukunftskonzepte für die städtischen Museen?	18-07459-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende stellt zu Beginn der Sitzung fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.12.2017

Beschluss:

"Das Protokoll wird genehmigt."

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8 Nein: 0 Enth.: 2

3. Kurzvortrag der KEP-Koordinatorin der Stadt Düsseldorf, Frau Dinah Bielicky

Der Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Bielicky.

Frau Dr. Hesse führt in den Kurzvortrag zur Kulturentwicklungsplanung ein: Erste Anstrengungen, einen Kulturentwicklungsplan (KEP) für die Stadt Braunschweig zu entwickeln, habe es bereits in 2002 im Zuge der Bewerbung der Stadt um den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ gegeben. Diese hätten jedoch nicht zum gewünschten Erfolg geführt. Um das Thema zwischenzeitlich weiterzuverfolgen, seien mehrere Referenten zu dem Thema (Prof. Scheytt und zuletzt Dr. Föhl) in den Ausschuss eingeladen worden.

In den Jahren 2013/2014 seien dann zunächst die Bemühungen um die Entwicklung eines Entwicklungskonzeptes Soziokultur prioritär verfolgt worden.

Mit dem heutigen Vortrag solle der Entstehungsprozess für einen KEP für die Stadt Braunschweig wiederaufgenommen werden.

Frau Bielicky stellt in ihrem Kurzvortrag die Vorgehensweise der Landeshauptstadt Düsseldorf bei der Erarbeitung eines KEP vor. Zusammengefasst ergeben sich hier die folgenden

Erkenntnisse:

Allgemeines:

- Es wurde eine externe Agentur zur Erarbeitung des KEP beauftragt.
- Ziel sei es gewesen, Kunst und Kultur in die breite Öffentlichkeit zu bringen.
- Die Erarbeitung des KEP habe vom Grundsatzbeschluss bis zum Abschlussbericht ca. 3 Jahre gedauert.
- Der KEP sollte der Förderung von Dialog und Austausch der Politik wie auch den Bürgern dienen.

Vorgehen:

- Beginn mit einem offenen Verfahren (Stellen von offenen Fragen)
- externe Prozessbegleitung
- Einrichtung einer KEP-Koordinationsstelle
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe im Kulturreferat
- Einrichtung eines KEP-Beirates (TN: freie Kulturszene, Verwaltung, Tourismus, Wirtschaft)
- Moderierte Workshops
- Kommunikation und transparente Darstellung des KEP-Prozesses als wichtiger Aspekt des KEP-Prozesses

Frau Bielicky schließt ihren Vortrag damit ab, dass ein gemeinsamer Wille von Politik und Verwaltung wichtig sei, eine Veränderung anzugehen. Dies bedeute auch die entsprechende Bereitstellung von finanziellen Ressourcen.

Nachfragen der Ausschussmitglieder werden durch Frau Bielicky beantwortet.

Frau Dr. Hesse teilt auf Nachfrage mit, dass mit dem heutigen Vortrag die Thematik KEP wiederaufgenommen werde und Szenarien entwickelt würden, wie die KEP-Planung in Braunschweig verlaufen könne. Sie avisiert in einer der nächsten Sitzungen einen Vorschlag für ein Modell zur Entwicklung eines KEPs in Braunschweig. Hinsichtlich der Finanzierung teilt Frau Dr. Hesse mit, dass der KEP gemeinsam von Verwaltung und Politik geplant werde, so dass allen Beteiligten die finanziellen Auswirkungen klar sein müssten.

4. Mitteilungen

4.1. Vorstellung der Förderrichtlinien (Vortrag)

Frau Seyler stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Kulturförderrichtlinien für den Fachbereich Kultur vor. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

In der anschließenden Diskussion regt Ratsfrau Dr. Flake eine Überarbeitung der Förderrichtlinien an. Exemplarisch zählt sie die Begrenzung der maximalen Fördersumme auf 50%, die Einreichung von Belegen im Rahmen der Prüfung der Verwendungsnachweise sowie die momentan einjährige "Zwangspause" nach dem Erhalt einer Konzeptionsförderung auf.

Überdies wird von einigen Ausschussmitgliedern die lange Wartezeit zwischen Antragstellung und Inkrafttreten des Haushalts und damit Verfügbarkeit der Mittel bemängelt. Ratsherr Flake bittet in diesem Zusammenhang bei der Finanzverwaltung nachzufragen, inwieweit das Instrument der "Verpflichtungsermächtigung" hier helfen könnte.

Frau Dr. Hesse teilt mit, dass die Erarbeitung der Förderrichtlinien ehemals ein Ergebnis der Bemühungen um eine KEP-Planung gewesen seien. Man habe sich damals an den Förderrichtlinien der großen Stiftungen orientiert. Eine Überarbeitung der Förderrichtlinien sei möglich, jedoch wäre - z. B. im Falle der Senkung der maximalen Fördersumme 50% - ggf. der Förderansatz entsprechend zu erweitern. Auch müsste ggf. die bestehende Struktur in der Kulturverwaltung hinsichtlich von Personalauslastungen überprüft werden.

Die Verwaltung sagt zu, die Thematik „Verpflichtungsermächtigung“ (VE) mit der Finanzverwaltung zu klären und zum nächsten AfKW einen Vorschlag zur Besetzung einer Arbeitsgruppe zu präsentieren und im nichtöffentlichen Teil vorzustellen. *(Nachtrag: Auf die Nachfrage zur Thematik „VE“ wird Folgendes mitgeteilt:*

Das Instrument der Verpflichtungsermächtigung ist hier nicht einschlägig.

Das Instrument der Verpflichtungsermächtigung stellt gemäß §112 Abs. 2 Satz 1 d) des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) ausschließlich eine Ermächtigung zum Eingehen von Verpflichtungen dar, die in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Finanzhaushalt führen werden.

Dieses Instrument ist erforderlich, um z. B. bei Baumaßnahmen, die sich über die mehrere Jahre erstrecken, einen Auftrag über die gesamte Maßnahme erteilen zu können, da der veranschlagte Auszahlungsansatz des Startjahres als Ermächtigung für das Gesamtprojekt unter Berücksichtigung des Kassenwirksamkeitsprinzips im Regelfall keine ausreichende Ermächtigung darstellen kann.

Bei der Gewährung von Projektförderungen handelt es sich allerdings um Aufwendungen des Ergebnishaushalts. Das Instrument der Verpflichtungsermächtigungen steht deshalb haushaltsrechtlich hier nicht zur Verfügung.)

Es wird darum gebeten, die PowerPoint-Präsentation als Anlage zum Protokoll zu nehmen.

4.2. Jahresveranstaltungsübersicht 2018

18-06766

Frau Dr. Hesse weist insbesondere auf den Start des Kinderfilmfestes "Sehpferdchen" am 03.03.2018 hin. Überdies lädt sie die Ausschussmitglieder zu der Finissage der Ausstellung "Großer Wurf 1" in die halle267 am 04.03.2018 ein und weist auf den 75. Jahrestag der Deportation Braunschweiger Sinti am 03.03.2018 hin.

Überdies avisiert Frau Dr. Hesse für die nächste Sitzung eine erste Vorstellung des Konzeptes zu der Ausstellung „Vom Herzogtum zum...“ am 03.10.2018 im Städtischen Museum.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

4.3. Auswahlgremium Theaterförderung: Sprecherbenennung

18-07593

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

4.4. Soziokulturelles Zentrum: Erteilung der Baugenehmigung

18-07594

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5. Anträge

5.1. Kulturtafel

18-07489

Ratsherr Scherf bringt den Antrag für die AfD-Fraktion ein und bedankt sich für die Stellungnahme der Verwaltung. Der AfD-Fraktion sei es mit dem Antrag wichtig, dass zunächst alle offenen Fragen geklärt würden und erst danach eine Entscheidung falle, wie eine derartige Kulturtafel realisiert werden könnte.

Die Mehrheit der Ausschussmitglieder hält das Vorhaben grundsätzlich für positiv, spricht sich jedoch eher für eine Realisierung über bürgerschaftliches Engagement und Vereinsarbeit aus.

Beschluss:

"Die Verwaltung möge prüfen, ob die Stadtmarketing GmbH im Rahmen der Betreuung der Touristinfo eine Kulturtafel ohne großartigen Mehraufwand und -kosten einrichten kann. Das Ergebnis soll in der nächsten oder übernächsten Sitzung vorgestellt werden."

Abstimmungsergebnis:

Ja: 1 Nein: 10 Enth.: 0

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

- 6. Kulturprojekt "Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)":
Anträge auf Zuwendungen zur Projektförderung** **18-07436**

Beschluss:

"Den im Rahmen des Kulturprojektes „Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)“ durch die freien Kulturträger gestellten Projektförderanträgen wird entsprechend der in Anlage 1 dargestellten Förderungsvorschläge zugestimmt."

Abstimmungsergebnis:

beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 18-07436-01

- 6.1. Kulturprojekt "Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)":
Anträge auf Zuwendungen zur Projektförderung** **18-07436-01**

Ratsfrau Dr. Flake erklärt aufgrund persönlicher Involviertheit im Rahmen der Antragstellung, dass sie nicht an der Abstimmung teilnehmen werde.

Frau Dr. Hesse leitet in die Ergänzungsvorlage ein und weist darauf hin, dass alle Förderungen mit den Stiftungen abgestimmt worden seien.

Auf Nachfrage, warum das Projekt "Kurzfilm-Dreh "Minna räumt auf"" (Nr. 15) nicht gefördert werde, teilt die Verwaltung mit, dass ein Projekt zu Minna Faßhauer aus ihrer Sicht ausreichend sei. Jedoch stelle die Vorlage nur einen Vorschlag dar und der Ausschuss könne entsprechende Änderungen einbringen.

Nach einer Diskussion stellt Ratsfrau Ohnesorge schriftlich den folgenden Änderungsantrag:

Beschluss:

"Sollten durch den Wegfall weiterer Projekte weitere Mittel frei werden, sollen diese für das Projekt "Kurzfilm-Dreh "Minna räumt auf"" (Nr. 15) eingesetzt werden."

Abstimmung:

Ja: 3 Nein: 5 Enth.: 0

Der Änderungsantrag wird somit abgelehnt.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über die Gesamtvorlage.

Beschluss:

"Den im Rahmen des Kulturprojektes „Vom Herzogtum zum Freistaat - Braunschweigs Weg in die Demokratie (1916-1923)“ durch die freien Kulturträger gestellten Projektförderanträgen wird entsprechend der in Anlage 1 dargestellten Förderungsvorschläge zugestimmt."

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8 Nein: 0 Enth.: 0

-
- | | | |
|-----------|--|-----------------|
| 7. | Dritte Änderung der Miet- und Nutzungsordnung der Stadt Braunschweig, Dezernat für Kultur und Wissenschaft, für den Lichthof des Städtischen Museums, den Kulturpunkt West und den Roten Saal des Kulturinstituts | 18-07245 |
|-----------|--|-----------------|

Beschluss:

"Die Dritte Änderung der Miet- und Nutzungsordnung der Stadt Braunschweig, Dezernat für Kultur und Wissenschaft, für den Lichthof des Städtischen Museums, den Kulturpunkt West und den Roten Saal des Kulturinstituts wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen."

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10 Nein: 0 Enth.: 0

- | | | |
|-----------|---|-----------------|
| 8. | Mitgliedschaft der Stadt Braunschweig im "Arbeitsausschuss Tourismus Braunschweig e. V." | 18-06427 |
|-----------|---|-----------------|

Beschluss:

"Die Stadt Braunschweig tritt dem Verein „Arbeitsausschuss Tourismus Braunschweig e.V.“ zum nächst möglichen Zeitpunkt als Mitglied bei."

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10 Nein: 0 Enth.: 0

- | | | |
|-----------|--|-----------------|
| 9. | Zweite Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum, Steintorwall 14 | 18-07244 |
|-----------|--|-----------------|

Ratsfrau Seiffert bittet um Auskunft zu der genauen Zahl der Ehrenamtskarteninhaber in Braunschweig. Die Verwaltung sagt eine Klärung zu. (*Nachtrag: Laut Auskunft der Fachverwaltung beträgt die derzeitige Anzahl an Ehrenamtskarteninhaber in Braunschweig 430.*)

Auf Nachfrage, für welche Gruppen ein besonderes Interesse an dem Verzicht von Eintrittsgeldern bestünde, teilt Herr Dr. Joch mit, dass dies z. B. Leihgeber, Förderer oder auch Multiplikatoren sein könnten.

Beschluss:

"Die Zweite Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum, Steintorwall 14, wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen."

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10 Nein: 0 Enth.: 0

- | | | |
|--------------|--|-----------------|
| 10. | Anfragen | |
| 10.1. | Veranstaltungen in der Stadthalle | 18-07451 |

Die Anfrage wird kurz von Ratsfrau Seiffert eingebracht.

Abstimmungsergebnis:

beantwortet durch Stellungnahme Nr. 18-07451-01

- | | | |
|--|--|--------------------|
| | 10.1.1. Veranstaltungen in der Stadthalle | 18-07451-01 |
|--|--|--------------------|

Die Beantwortung erfolgt durch Herrn Dr. Malorny.

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

10.2. Gibt es Zukunftskonzepte für die städtischen Museen?**18-07459****Abstimmungsergebnis:**

beantwortet durch Stellungnahme Nr. 18-07459-01

10.2.1. Gibt es Zukunftskonzepte für die städtischen Museen?**18-07459-01**

Die Beantwortung erfolgt durch Herrn Dr. Joch.

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

Mündliche Anfrage von Bürgermitglied Herrn Dr. Eckhardt

Herr Dr. Eckhardt habe von einem Umbau der Städtischen Musikschule im Sommer 2018 gehört. Er halte indes ein neues Konzept und einen Neubau für dringend erforderlich und bittet um Auskunft zur genauen Bausumme. Frau Dr. Hesse teilt hierzu mit, dass die Umbaumaßnahmen aufgrund von Brandschutzbestimmungen dringend erforderlich seien und ca. 250.000 € Kosten verursachten. Herr Dr. Malorny weist darauf hin, dass diese Maßnahmen das Resultat einer eingehenden Brandschau gewesen seien. Zu einem neuen Konzept teilt Frau Dr. Hesse mit, dass die Suche nach einem Standort für einen Neubau bereits seit 20 Jahren virulent sei und die Bemühungen weiter fortgesetzt würden.

Herr Dr. Eckhardt fragt überdies, ob bei der Brandschau im Gebäude der Städtischen Musikschule am Magnitorwall auch die im Dachgeschoss liegenden Übungsräume der Big Band mit geprüft worden seien. Die Verwaltung sagt eine Klärung zu. *(Nachtrag in Abstimmung mit der Fachverwaltung: Aus den in der Brandschau festgestellten Mängeln ergaben sich folgende, dringend erforderliche, brandschutztechnischen Maßnahmen: die Errichtung eines zweiten baulichen Rettungsweges in Form einer Außentreppe und der Einbau einer Hausalarmanlage. Das komplette 3. Obergeschoss ist ebenfalls mit betrachtet worden. Eine Nutzung durch die Bigband ist durch die Verbesserung der Entfluchtungssituation in Form der Anbindung der neuen Außentreppe weiterhin möglich.)*

Mündliche Anfrage von Ratsfrau Kaphammel

Ratsfrau Kaphammel berichtet von der Möglichkeit der Freunde des Städtischen Museums Braunschweig e. V., die Sammlung Panther von Herrn Rainer Uckermann ankaufen zu können. Dies sei jedoch mit dem Vorbehalt versehen, entsprechende Lagermöglichkeiten für die zahlreichen Stücke bereitzustellen. Herr Sehrt habe sich als Vorsitzender deshalb an die Stadt gewandt und um Unterstützung gebeten.

Frau Dr. Hesse teilt hierzu mit, dass die allgemeine Depot-Situation in Braunschweig sehr schwierig sei. Bevor entschieden werden könne, inwieweit einige Stücke in das Ausstellungskonzept integriert werden könnten, sei es zunächst erforderlich, einen genauen Blick auf die Sammlung zu werfen, um etwaige Folgekosten besser abschätzen zu können. Die Zwischennachricht an Herrn Sehrt wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Ausschussvorsitzende schließt um 17:55 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Dr. Vollbrecht
Vorsitz

Dr. Hesse
Dez. IV

Kösters
Schriftführung